Nr. 142 XXVIII. Jahrgang

Sonntag, 6. Juni 1920

Dresdner Neueste Nachrichten

Unabhängige Tageszeitung
mit Handels- und Industrie-Zeitung

Redaktion und Hauptgeschäftsstelle Ferdinandstraße 4
Fernsprecher: 13628, 13638, 13697, 17109. Postscheckkonto: Leipzig Nr. 2060. Telegr.-Adr.: Neueste Dresden

Anzeigenpreis:
Grundzeile, 22 mm breit, M. 2.—, für das Ausland M. 10.—. Reklamezeile, 84 mm breit, M. 6.—, mit Platzvorschrift M. 7.—, für das Ausland M. 20.—. Bei Ziffer- oder Auskunft 10 v. H. Preiserhöhung. Briefgebühr für Buchstabenanzeigen 20 Pf. Preisermäßigung laut Tarif. Für Einschaltung an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen.

Bezugspreis:
Bei freier Zustellung ins Haus durch Boten monatlich M. 4.20, vierteljährlich M. 12.75. Postbezug in Deutschland: Monatlich M. 3.75, vierteljährlich M. 11.25, ohne Zustellgebühr. Postbezug im Ausland laut Eintragung in den Postlisten. Kreuzbandsendungen im Inlande wöchentlich M. 1.50, nach dem Auslande wöchentlich M. 4.—. Preis für die Einzelnummer 30 Pf.

Soll ich wählen und — wen?

Daß die erste Frage so oft gestellt, Ratschläge und Aufklärungen im einzelnen dann erbeten werden, scheint eine geringe Wahlbeteiligung vorauszusagen. Und daß vielen, die sich am Ende noch entschließen, ihre Wahlpflicht zu erfüllen, nach all der Hatz das faustische Mißbehagen im Kopf herumgeht, sagt auch allerhand aus über die Stimmung gerade der Wähler, die nicht in Parteiregister eingetragen sind. Dazu gehört aber die übergroße Mehrzahl derer, die an diesem Sonntag ihre Stimme abgeben. Die Wahlversammlungen haben fast überall merkwürdig wenig Anziehungskraft ausgeübt. Abgesehen von vereinzelten Fällen sind sie bei der Verschärfung der politischen Gegensätze erstaunlich ruhig verlaufen. Warum? Der Normaldeutsche ist nun einmal kein Parteipolitiker. Und die Formen des politischen Widerstreites wirken auf Hunderttausende, vor allem auf die Frauen, geradezu abschreckend. In vielen Großstädten konnte man insbesondere auf den Wahlplakaten der extremen Parteien rechts und links so viel Unflat, Haß und bezeichnende Bosheit schwarz auf weiß zu sich nehmen, daß der Erfolg solcher Propaganda gar nicht nach den Wünschen der Veranstalter ausfleht. Man wandte sich angeekelt ab und ging in das Lager der Nichtwähler über.

Das ist ein großer Fehler. Das heißt sich selbst entmündigen. Das bedeutet, daß man seine wichtigsten Lebensinteressen einfach dem Zufall, vielleicht dem schlimmsten Gegner preisgibt. Wonach man dann das Recht verwirkt hat, sich über schlechte Zeiten und schlechte Abgeordnete zu beklagen. Es gibt wirklich keinen stichhaltigen Grund für Wahlenthaltung. Im Gegenteil. Gerade wer unzufrieden ist, muß erst recht wählen, um zur Besserung selbst beizutragen. Denn wie soll es besser werden, wenn er dem Zufall oder der Parteileidenschaft anderer oder beiden sein Wohl und Wehe nach Belieben zu gestalten überläßt?

Freilich blieb es schwierig nach all den Versprechungen und Beschuldigungen, zu erkennen, wem man seine Stimme geben solle. Leicht ist das nur für überzeugte Parteigänger, die unbedingt auf ein alleinseligmachendes Programm schwören, an dem keine Kritik geübt werden dürfe, wie sie meinen oder zu glauben vorgeben. Was hat man nicht alles versprochen? Auf einem Plakat der Spartakisten steht zu lesen, daß wir nur „noch durch die Bewaffnung des Proletariats zu retten seien". Also nur noch durch Minen, Maschinengewehre und — Blutvergießen. Denn die Waffen sollen ja wohl kaum zu friedlicher Betätigung in die Hand genommen werden. Hier kann die Wahl nicht schwerfallen. Wir haben genug an Blutvergießen und roher Gewalt. Jeder Schuß vergrößert unser Elend. Jeder Gewaltakt sät neuen Haß. Und jeder Haß gebiert neues Unheil für das ganze Volk. Was wir brauchen? Ruhe, Versöhnlichkeit, Verständigung. Einsicht in das wahre Wesen der Dinge und den Untergrund all unsrer Nöte. Dies alles wächst nicht in der Glut der politischen Leidenschaft und unter dem sengenden Feuer des Fraktionsgeistes. Aber auch der weiße Schrecken verspricht nichts davon. Auch das ist wüster Klassenkampf und Klassenhaß. Wie zwei Zahnräder einer Maschine greifen die Triebkräfte des Extremismus ineinander und in ihren rotierenden Drehungen gedenken sie zu zermalmen, was in der Mitte zwischen ihnen liegt: die Gemäßigten.

Zu diesem Zweck mußte man natürlich alle Schuld am Krieg und seinem Ausgang für Deutschland gerade auf diejenigen abzuwälzen suchen, die die schwere Last auf sich genommen haben, das leckе Reichsschiff durch Stürme und über gefährliche Untiefen und Klippen hinwegzusteuern. Und weil das nicht ohne Lavieren geht, weil der Sturm- und Rettungskurs eben ein Zickzack leider bedingt, wirft man auf sie: „Dort stehen die Sünder! Wir? Kein Engel ist so rein!" Wie leicht, wie lächerlich leicht das ist! Dies Schriften nach dem Dieb, den man hängen sollte. Alles haben natürlich diejenigen getan, die man zu Wahlzwecken möglichst kräftig verleumden möchte. Sie haben erst den Krieg angezettelt und dann haben sie — weil es ein gar so großer Genuß für sie ist, dabei zu verarmen und mit ewiger Sorge zu ringen — dafür gesorgt, daß er verloren werde. An allem sind diejenigen schuld, die — nicht zur allein-wahren Partei gehören. Und nun gar die Demokraten! Die haben das Bürgertum verraten. Die haben die ganze deutsche Herrlichkeit gestürzt. Weil sie der Zusammenbruch natürlich gar nicht berührt. Denn sie leben bekanntlich außerhalb des Geschehens auf einer paradiesischen Insel, wo Milch und Honig fließt und wo man die arme Sorge noch nie hat wandeln sehen. Und dann wirft man ihnen noch ganz besonders vor, sie hätten der Sozialdemokratie die Schlewpe getragen. Es läßt zu denken, daß man zugleich von Spartakisten, Kommunisten, Reichswirten, Anarchisten hört, daß die S. P. D. den Bürgerlichen die Schleppe getragen habe! Immer sieht man, wie die zwei Zahnräder des linken und rechten Radikalismus eins das andre treiben. Mit dem gleichen Antrieb, mit der gleichen Methode. „Auf das U folgt gleich das W, das ist so die Ordnung im Abc." Aber Schiller und seine Kapuzinade meinen natürlich das Volk.

Immerhin muß man fragen: Was geschähe und was würde besser, wenn eine der extremen Parteien ans Ruder kämen? Es gibt ein beredtes Exempel: Budapest. Erst herrschte dort der Bolschewismus. Was hat er erreicht? Er versprach doch allen Menschen Freiheit und Glück. Mord, Plünderung, Verelendung der Massen hat er erreicht. Als das kommunistisch-sozialistische Experiment vorbei war, stand es nirgends so schlimm gerade auch um die Massen der Handarbeiter, als in Ungarn. Ursache und Wirkung stellten sich in erschreckend deutlichem Zusammenhang. Man hatte geplündert, solange es noch etwas zu plündern gab. Natürlich im Namen der Gleichheit und Gerechtigkeit. Und dann? Ja dann hatten die Beglücker alle Räder stillgestellt. Hatten ihr Mütchen im Blut Unschuldiger gekühlt und flohen über die Landesgrenze, als der weiße Schrecken alsbald den roten schlösse. Wie ähnlich die Menschlichkeitsversprechungen der Weißen und Roten klangen! Manchmal stimmten sie wörtlich überein. Und was haben die weißen Beglücker dem unglücklichen Lande gebracht? Nur Haß, Zwietracht, Elend haben sie vermehrt. Der Name des Salon-Kommunisten Graf Karolyi ist ein Fluch geworden, der Name seines politischen Erben ebenso. Nein, mit Haß, Gewalt, Klassenkampf und Rassenhetze ist der Welt in 1900 Jahren noch nie Gutes getan worden. Höret, Wähler, nicht auf Versprechungen derer, die noch nichts erhalten haben, nicht auf die Gewaltpredigt von rechts und links! Gewiß, wer Kompromisse schließen muß, gerade der Gemäßigte muß Opfer bringen. Aber wäre es möglich oder auch nur wünschenswert, deshalb die Gewaltpolitik des Extremismus zu machen, der — seht auf das weiße, auf das rote Budapest, auf das zerrüttete Ungarn! — tausendfache Opfer fordert und nichts dafür bringt, als Terror und Unterdrückung aller Klassen der Bevölkerung durch eine und zu deren Gunsten? Ist die Wahl wirklich so schwer? Nein, sie ist es nicht.

Wo wären wir, so abhängig vom Ausland, ohne Verfassung, (die man von rechts wie von links verhindern wollte), ohne die positive Leistung der Koalition? Es wäre längst ganz Deutschland das Schicksal Ungarns und Rußlands bereitet. Das wollen ja die Schreier vergessen machen. Deshalb zählen sie nur die Fehler auf. Und am liebsten kreiden sie alles gerade denen an, die persönlich die schwersten Opfer brachten: den Demokraten. Von rechts schreit man, sie hätten die Monarchie verraten. Aber diese Schreier stellten sich — wie hieß das doch anno 18? — „auf den Boden der Tatsachen". Gewiß wird man nicht über Nacht Republikaner. Es ist keine Tugend, Republikaner, keine, Monarchist zu sein. Das eine wie das andre ist vielmehr Sache des Geblüts, des Temperaments, der Erziehung. Das Königreich England ist zweifellos demokratisch, die Republik Frankreich durchaus nicht demokratisch regiert. Tausendmal haben wir gepredigt, man müsse die Monarchie auf eine breite demokratische Grundlage stellen, das Volk und seine berechtigten Forderungen zur Geltung kommen lassen in der inneren wie in der äußeren Politik. Hätte man darauf gehört — wir hätten ruhige Reformen an Stelle wilder Revolution erlebt. Und wir hätten nicht den Brief an den Zaren erlebt, der das englische Bündnisangebot preisgab. Wir hätten nicht die ganze Welt zu Gegnern und wir hätten keinen Krieg zu verlieren gehabt. Nun gilt es nicht, versunkene Herrlichkeiten auszugraben, — Deutschland muß leben. Das Volk muß leben. Aber beide müssen verhungern, verkommen durch Klassenkampf und Gewaltpolitik und inneren Hader. Wir wollen endlich Frieden! Und wir wollen Gerechtigkeit. Für alle, für jeden. Das ist die wahre Demokratie. Und das ist nur möglich auf demokratischer Grundlage. Deshalb sorge jeder, sein Teil beizutragen, damit Klassenhaß und Handgranatenpolitik, roter und weißer Terror verschwinde. Darum den Fragern die Antwort: Wählt deutsch-demokratisch! Diesen Rat geben wir, unabhängig von irgendwelchem Parteigebot, vor allem der Riesenpartei der Nicht-Parteimitglieder. Denn die Deutsche Demokratische Partei betont stärker als alle andern Versöhnlichkeit, Ausgleich der Gegensätze und so den Weg zu friedlichem Wiederaufstieg und neuem Leben.

Und noch den Rat, sich nicht um Lügen und Schrecken zu kümmern. Nicht von seinen Erwählten in vier Wochen alles Uebels und aller Sorgen Ende zu fordern und zu hoffen. Es gibt ein gutes Lutherwort zu diesen Wahlen: „Es ist wohl da vorhanden Trübsal und Jammer, die mich sauer ansehen, und wollten gern, daß ich mich sollt vor ihnen fürchten und sie bitten um Gnade; aber ich spreche: lieber Butzemann, friß mich nicht, du siehst wahrlich scheußlich genug aus für den, der sich vor dir fürchten will"; aber ich habe einen andern Anblick, der ist desto lieblicher, der leuchtet mir wie die liebe Sonne, bis ins ewige Leben hinein, daß ich dich kleines, zeitliches, finsteres Wölklein und zorniges Windlein nicht achte. Was werden wird, weiß der liebe Gott, der macht alles gut. Wenn nicht geschehen wird, was wir wollen, so wird geschehen, was besser ist. Fürchte sich denn der Teufel, wir wollen uns nicht fürchten!"

Das heißt nicht: die Hände in den Schoß legen, die Dinge gehen lassen. Das heißt: alles tun, furchtlos tun, was die Stunde gebietet. Nur dann wird geschehen was besser ist. Und darum darf keiner fehlen an der Wahlurne am Sonntag!

*

Die Bodenreformer bei der Wahl

Im Wahlkreise Frankfurt a. O. kandidiert der Führer der Deutschen Bodenreformer Adolf Damaschke für die Deutsche Demokratische Partei. Mit seiner Wahl, die einen gar nicht wahlziffernmäßig zu schätzenden Gewinn für den Reichstag, aber auch für die Demokraten bedeutet, kann, wie uns aus Frankfurt a. O. berichtet wird, sicher gerechnet werden.

Die Folgen des Falles Oehme

+ **Königsberg**, 5. Juni. (Eig. Drahtbericht.) Der Wirtschaftsausschuß der ostpreußischen Landwirtschaft, der Zentralverband der Landarbeiter und der neugegründete Bund verfassungstreuer Ostpreußen verlangen in einem Telegramm an die zuständigen Berliner Stellen die Suspendierung des Reichskommissars Borowsky, bis eine Klärung des Falles Oehme erfolgt sei, da dessen Aeußerungen über angebliche Rechtsputsche den Ausbruch von Streiks befürchten ließen.

Auf dem Gnadenweg erlassen

B. **Berlin**, 5. Juni. (Eig. Drahtbericht.) Der Reichspräsident hat 62 im Bereich des Reichskommandos Münster während der Unruhetage im Ruhrrevier gefällte Kriegsgerichtsurteile im Gnadenwege aufgehoben.

Die Reichswehrgenerale in Berlin

+ **Berlin**, 5. Juni. (Eig. Drahtbericht.)

Zur Versammlung der Kommandeure beim Reichswehrminister wird in Ergänzung der bereits der Oeffentlichkeit übergebenen Reden aus dem Reichswehrministerium noch mitgeteilt: Der Reichswehrminister benutzte die Anwesenheit der beiden Reichswehrgruppenkommandeure und sämtlicher Wehrkreiskommandeure mit ihren Generalstabschefs, um sich mit ihnen über die augenblickliche Lage und die möglichen Aufgaben der Wehrmacht in der kommenden Zeit gründlich auszusprechen. Er ließ sich von jedem einzelnen Wehrkreiskommandeur über die Lage in seinem Bezirk, über den Zustand und die Stimmung der Truppen und über die eventuellen Wünsche und Beschwerden Vortrag halten. Das Ergebnis dieser Aussprache kann dahin zusammengefaßt werden, daß mit Ausnahme des Ruhrreviers, wo die dünne Besetzung mit Garnisonen und infolge der Bestimmungen des Friedensvertrages vor eine ganz besonders schwierige Aufgabe stellt, und gewisse Teile Mitteldeutschlands die Lage zur Zeit als beruhigend angesehen werden kann und daß eine akute Gefahr nicht bestehen dürfte. Es sei jedoch nicht zu verkennen, daß infolge der Wahlpropaganda eine außerordentlich große Nervosität herrscht, daß die Rechte Putsche von links und die Linke Putsche von rechts erwartet, so daß durch irgendeine Unvorsichtigkeit oder durch lokale Ereignisse der zweifellos überall glimmende Funke zur hellen Flamme auflodern könne. Es werden alle in der Oeffentlichkeit stehenden Persönlichkeiten aufgefordert, nach Kräften mit dazu beizutragen, beruhigend zu wirken.

Einen breiten Raum nahm auch die Erörterung der wirtschaftlichen Interessen der Wehrmacht ein. Die unmittelbar bevorstehende Einführung einer Wehrkammer und der Stand der Ausführungsbestimmungen der Besoldungsvorschriften wurde bekanntgegeben. Auch die Zusammenarbeit der Wehrmacht mit den zivilen Inhabern der vollziehenden Gewalt wurde eingehend behandelt. Die Tagung fand erst am Abend ihren Abschluß. Ihr Gesamtergebnis kann dahin festgestellt werden, daß die einheitliche Führung der Reichswehr und ihr treues Zusammenhalten auf dem Boden der Verfassung als gewährleistet angesehen werden kann.

*

Eine Erklärung des sächsischen Militärbefehlshabers

Generalleutnant v. Stolzmann, der Befehlshaber des Wehrkreises IV, hat, wie die Staatskanzlei mitteilt, an die sächsische Regierung am 2. Juni 1920 folgendes Schreiben gerichtet:

In Zeitungen verschiedener Parteirichtungen wird dauernd, und zwar zum Teil in gehässigster Weise die Behauptung aufgestellt, daß die Reichswehr in ihrer jetzigen Zusammensetzung unzuverlässig sei. Auch wird an vielen Stellen die Ansicht verbreitet, daß die Reichswehr in Zukunft sich Putschen und sonstigen Verletzungen der Verfassung gegenüber neutral verhalten oder gar an ihnen teilnehmen würde. Diese Behauptungen sind durch nichts gerechtfertigt. Ich erkläre daher ausdrücklich, gleichzeitig im Namen der mir unterstellten Reichswehrbrigaden 4, 12, 16, 19, daß diese mit ihren Führern, Unterführern und Wehrleuten hinter mir geschlossen auf dem Boden der Verfassung stehen und jeden Versuch, diese gewaltsam zu ändern oder zu verletzen, gleichviel von wem oder von welcher Seite er unternommen werden sollte, mit ganzer Kraft unterdrücken werden.

Ernteaussichten und Abbau der Zwangswirtschaft

* **Berlin**, 5. Juni. Das „Berl. Tagebl." veröffentlicht eine Unterredung mit dem preußischen Landwirtschaftsminister Braun über die Ernteaussichten in diesem Jahre. Minister Braun führte u. a. aus, daß infolge der außerordentlich günstigen Witterung zum mindestens mit einer befriedigenden Mittelernte, wahrscheinlich aber mit einer reichlichen gerechnet werden kann. Auf die Frage, ob eine Verbesserung der Fleisch- und Butterbelieferung in absehbarer Zeit zu erwarten sei, sagte der Minister, wenn es, wie ich hoffe, gelingt, für den Herbst Kraftfutter für das Vieh zurückzustellen, so sind meiner Ansicht nach die Aussichten nicht schlecht. Für die Heuernte sind die Aussichten recht günstig und das Getreide zeigt überall da, wo ausreichend gedüngt werden konnte, einen befriedigenden Stand.

Zum Abbau der Zwangswirtschaft meinte der Minister: Angesichts der Tatsache, daß z. B. die Fleischbewirtschaftung praktisch so gut wie gar nicht mehr existiert, scheint es mir, daß dieser Sprung von der Zwangsbewirtschaftung in die freie Wirtschaft am besten an der Zeit vorgenommen wird, wo man infolge einer guten Ernte mit einiger Sicherheit ein Gelingen des Schrittes voraussehen kann. Nur in einem Punkte bin ich für die Aufrechterhaltung der Zwangswirtschaft. Es ist unbedingt notwendig, das Rückgrat unsrer Ernährung, das Brot, weiter fest in der Kontrolle zu behalten. Im übrigen glaube ich, daß bei einer nur einigermaßen gut ausfallenden diesjährigen Ernte der schnelle Abbau der Zwangswirtschaft gewagt werden kann.

Nach einer Mitteilung aus dem Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft über den Abbau der Zwangswirtschaft werden bis zum 1. Juli aufgelöst sein der Kriegsausschuß für Kaffee, Tee und deren Ersatzmittel und die Kriegskakaogesellschaft; die Kriegsnährmittelgesellschaft wird in wenigen Monaten und die Reichsstelle für Gemüse und Obst bis zum 1. August ihre bewirtschaftende Tätigkeit ganz eingestellt haben. Die Einfuhr frischen Gemüses soll spätestens vom 28. Juni an erfolgen. Ferner ist die beschleunigte Auflösung der Reichsverteilungsstelle für Nährmittel und Eier und der beschleunigte Abbau des Reichskommissariats für Fischversorgung angeordnet worden. Die Zentralstelle zur Beschaffung der Heeresverpflegung wird bis zum 15. August soweit aufgelöst sein, daß nur noch eine kleine Abwicklungsstelle übrig sein wird. Im Zusammenhang mit der Neuregelung der Fettwirtschaft wird der beschleunigte Abbau des Reichsausschusses für Oele und Fette erfolgen. Die Reichsfuttermittelstelle wird voll aufgelöst. Endlich soll bei der Neuregelung der Kartoffelversorgung eine wesentliche Lockerung der bisherigen Zwangsbewirtschaftung eintreten.

Zur Tagung des internationalen Arbeitsamtes in Genua

Von Minister a. D. Rudolf Wissell

Noch vor wenigen Jahrzehnten erschien der Gedanke einer internationalen Regelung des Arbeitsrechtes auch vielen sonst einsichtigen Personen als eine Utopie. Jetzt beginnt diese Regelung Wirklichkeit zu werden. Erwachsen aus dem Bestreben, der ausländischen Konkurrenz wenigstens auf dem Gebiete des Arbeiterschutzes annähernd die gleichen Pflichten aufzuerlegen und somit die Konkurrenzmöglichkeit des eigenen Landes in etwas zu sichern, hat sich heute der Gedanke, daß diese Regelung um ihrer selbst willen geboten ist, immer mehr vertieft. Mehrerer Menschenalter hat es bedurft, um das zu bewirken. Naturgemäß, denn erst in den Köpfen weniger reift die Erkenntnis des Gebotenen.

Es würde an dieser Stelle zu weit führen, den Gedanken internationaler Regelung des Arbeitsrechtes und die weitere Vertiefung dieses Gedankens zu schildern. Heute sind wir zu der Erkenntnis gekommen, daß zu den Grundlagen einer kommenden internationalen Wirtschaftsordnung auch die Gemeinsamkeit des Arbeiterschutzes gehört. Bis in die Neuzeit ist diese internationale Regelung mit der Konkurrenzmöglichkeit auf dem Weltmarkt begründet worden. Nicht bei den Arbeitern, denn diese erstrebten sie ihrer selbst wegen. In fast allen Veröffentlichungen jedoch kehrt das Argument der Konkurrenzmöglichkeit immer und immer wieder. Es ist wohl am entschiedensten in der Note des Grafen Brockdorff-Rantzau, mit der er den deutschen Entwurf eines Abkommens für ein internationales Arbeitsrecht vom 23. April 1919 den feindlichen Regierungen überreichte, zurückgeschoben worden. Er forderte, daß man das internationale Arbeitsrecht „nicht nur als eine Einrichtung zum Ausgleich der kapitalistischen Konkurrenzmöglichkeiten" betrachtet, sondern in den sozialpolitischen Bestrebungen der Arbeiter „eine geschichtliche Aufgabe der nächsten Zukunft" sehen müsse.

Dieser, das Ergebnis der langjährigen deutschen sozialpolitischen Erfahrungen darstellende deutsche Entwurf, der zum Teil über die von der gewerkschaftlichen Arbeiterschaft auf den Tagungen in Leeds und Bern festgesetzte Entwürfe hinausging, ist nicht zur Grundlage der „Regelung" genommen, die die Staatsmänner der Entente für zweckmäßig hielten. Mit einigen hohlen Phrasen verbeugte man sich vor der Bedeutung der Arbeit, schob aber alle positiven Arbeiterrechte auf die lange Bank der Zukunft. Es ist nichts geworden aus dem jährlich tagenden Weltparlament der Arbeit, dessen Beschlüsse nicht nur theoretisch wegweisend, sondern durch ihre bindende Wirkung auch praktisch verwirklichend sein sollten. Die Beschlüsse der internationalen Arbeitskonferenzen sind nur mehr Richtlinien, denen die nationale Gesetzgebung zwar folgen kann, jedoch nicht muß. Je nach der Eigenart ihres Tätigkeitsbereiches kann sie in selbständiger Weise handeln. Bei dieser Sachlage ist es kein Wunder, wenn der Direktor des Internationalen Arbeitsamtes Albert Thomas, der offenbar den besten Willen hat, aus dem Internationalen Arbeitsbureau das zu machen, was aus ihm gemacht werden kann, wenig Vertrauen zu den offiziellen Noten der Regierungen hat. Sonst würde er nicht in den letzten Monaten eine Rundreise zu den hauptsächlichsten Regierungen angetreten haben, um von ihnen die Beschleunigung der Anwendung der Washingtoner Beschlüsse zu verlangen.

Sicher ist in der im Versailler Friedensvertrag geschaffenen Regelung des Arbeitsrechts ein Fortschritt zu erblicken, ihn zu einem immer größeren zu machen, liegt an den jährlichen Konferenzen und den vierteljährlichen Verwaltungsratssitzungen. Deutschland ist nach den Beschlüssen der ersten Konferenz in Washington 1919 zur Konferenz gleichberechtigt zugelassen; es hat auch eine Vertretung im Verwaltungsrat des Internationalen Arbeitsbureaus. Die erste Verwaltungsratssitzung tagte in Washington ohne die Deutschen, die nicht rechtzeitig nach Amerika gelangen konnten. Die zweite fand im Januar d. J. in Paris statt unter Teilnahme des deutschen Vertreters Legien und des Geh. Reg.-Rats Leymann. Sie beschäftigte sich in der Hauptsache mit den formalen Arbeiten, die sich aus den Beschlüssen der Washingtoner Konferenz ergeben. Weiter aber auch mit den Vorarbeiten für eine zum Juni in Aussicht genommene Seemannskonferenz zur Verhandlung der Frage, wie die Beschlüsse über den Achtstundentag für die Schiffahrt anzuwenden sein werden. Auch die dritte Sitzung im März in London beschäftigte sich zumeist mit rein formalen Dingen.

Nunmehr findet am 8. Juni in Genua eine weitere Sitzung statt, deren Tagesordnung ziemlich umfangreich ist und sich neben der Erledigung der üblichen geschäftlichen Fragen mit der Festsetzung der Tagesordnung der allgemeinen Konferenz im Frühjahr 1921, der Einsetzung einer Kommission zur Prüfung der Arbeitslosenfragen und dem Ersuchen der ungarischen Regierung um Entsendung einer Untersuchungskommission des Internationalen Arbeitsbureaus beschäftigen wird.

Schon die Festsetzung der Tagesordnung wird von wesentlicher Bedeutung sein, denn es werden als Verhandlungspunkte in Vorschlag gebracht werden: Mindestlohn, wöchentlicher Ruhetag, jährlicher Urlaub, internationale Grundsätze der Sozialversicherung und die Demokratisierung der Leitung industrieller Unternehmungen. Daneben auch die Frage der Agrarpolitik.

Der Tagung des Verwaltungsrats des Internationalen Arbeitsbureaus wird sich, beginnend am 15. Juni, eine internationale Seemannskonferenz anschließen, die ebenfalls vom Internationalen Arbeitsbureau einberufen ist. Die Tagesordnung dieser Seemannskonferenz wird folgende Punkte umfassen:

1. Durchführung der Beschlüsse der Hauptversammlung in Washington vom November v. J., durch welche die Arbeitszeit in allen gewerblichen Unternehmungen, einschließlich der Beförderung zur See und unter bestimmten Bedingungen der Beförderung auf den Binnenwasserstraßen auf acht Stunden täglich und 48 Stunden wöchentlich beschränkt wird, auf die Seeleute.

Die sich daraus ergebenden Folgen in bezug auf die Bemannung und auf die Durchführung der Bestimmungen über die Unterbringung und die Gesundheitsverhältnisse auf den Schiffen.

2. Ueberwachung der Heuerbedingun-

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id490223001-19200606/1